

AT/137/20



An den Bürgermeister

Stefan Meisenberg
Hauptstrasse 20

51709 Marienheide

Grüne Ratsfraktion Marienheide
www.gruene-marienheide.de

Claudia Trommershauser
Fraktionssprecherin
claudia.trommershausen@gruene-marienheide.de
Tel. 02264 -7071

Michael Schiefer
Fraktionssprecher
michael.schiefer@gruene.marienheide.de
Tel.: 02261 - 6399548

Marienheide, 03.12.2020

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Marienheide wird „Sicherer Hafen“

Der Gemeinderat unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Auch die Gemeinde Marienheide ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich die Gemeinde **Marienheide** offiziell zum Sicheren Hafen für Geflüchtete. Damit bekräftigen die Gemeinde und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Der Gemeinderat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel.

Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten „libyschen Küstenwache“ verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen

müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

1. Sicherer Hafen

Die Gemeinde **Marlenheide** erklärt sich zum Sicheren Hafen und bekämpft ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Die Gemeinde **Marlenheide** positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Gemeinde **Marlenheide** stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsetzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Gemeinde **Marlenheide** mit dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme

Die Gemeinde **Marlenheide** begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

a) Die Gemeinde **Marlenheide** fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

b) Die Gemeinde **Marlenheide** fordert die Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur

Wir setzen uns nicht dafür ein, alle geflüchteten Menschen langfristig bei uns in Deutschland aufzunehmen, das können wir als einzelner Staat auch nicht leisten!

Allen diesen verzweifelt um ihre Lebensgrundlage kämpfenden Mitmenschen muss es zumindest ermöglicht werden, hier anzukommen, medizinische Versorgung zu bekommen, wenn nötig, und gegebenenfalls einen Asylantrag zu stellen. Während dessen Prüfung muss in Kooperation mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine langfristige Lösung sprich Aufenthaltsort gesucht und gefunden werden.

Immer wieder versuchen Menschen, über das Mittelmeer aus akuter Not in sichere Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu gelangen. Aus verschiedensten Gründen setzen sie ihr Leben aufs Spiel, viele ertrinken.

BEGRÜNDUNG:

Die Gemeinde **Marienheide** veröffentlicht alle unternehmenen Handlungen, mit denen sie zu einem sicheren Hafen wird. Die Gemeinde **Marienheide** informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

8. Transparenz

Die Gemeinde **Marienheide** setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

7. Kommunales Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Die Gemeinde **Marienheide** sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

6. Kommunales Ankommen gewährleisten

Die Gemeinde **Marienheide** tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

5. Solidarische Kommune

so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.



Wir treten jedoch dafür ein, dass jeder, der in seiner Verzweiflung aus seiner Heimat flieht, menschenwürdig behandelt wird, d.h. wie oben ausgeführt eine für ihn langfristige Zukunftsperspektive gesucht wird.

Die evangelische Kirchengemeinde Hülsebusch-Kottbusen hat in der Presbyteriumssitzung am 01.12.2020 diesen Antrag beraten und unterstützt diesen ausdrücklich.

Wir bitten daher den Gemeinderat Marienheide, mit der Unterstützung unseres Antrages ein deutliches Zeichen zu setzen, Flüchtlinge in Lebensgefahr zu retten, zu unterstützen und menschenwürdig zu versorgen.



Andreas Nahsen, Ratsmitglied Bündnis90/Die Grünen